

Stellungnahme zum Zwischenbericht zum Untersuchungsausschuss 18/3 des Hessischen Landtags

Fraktion DIE LINKE

Dem Zwischenbericht kann in keinem seiner drei Teile gefolgt werden. Auch wenn Teil A (Einsetzung, Auftrag, Konstituierung, Mitglieder und Verlauf der bisherigen Untersuchung) die Ereignisse chronologisch korrekt wiedergibt, so geht daraus nicht hervor, dass die von den Regierungsfractionen beabsichtigte Verschleppung und Behinderung der Arbeit des Untersuchungsausschusses von der ersten Sitzung an von den Oppositionsfractionen thematisiert und kritisiert wurde. Dieses Vorgehen sorgte letztendlich dafür, dass der Untersuchungsausschuss seinen Auftrag bis zum Ende der 18. Legislaturperiode nicht erfüllen konnte und mit diesem Zwischenbericht schließen muss. Wichtige Zeugen, die zu den Vorwürfen hätten aussagen können, konnten aufgrund des Zeitmangels nicht mehr gehört werden.

Die in Teil B vorgenommene Bewertung der Zeugenaussagen teilt die Fraktion DIE LINKE nicht. Hierbei wurden allgemeine Grundsätze zur Würdigung von Zeugenaussagen nicht beachtet bzw. diese wurden außerhalb des Gesamtkontextes und teilweise unvollständig wiedergegeben. Die Schlussfolgerungen sind nicht nachvollziehbar.

Daher kann auch Teil C – Bewertung der bisherigen Feststellungen – nicht gefolgt werden.

Festzuhalten ist:

Laut Einsetzungsbeschluss des Untersuchungsausschusses 18/3 (Drucksache 18/6813) waren folgende Untersuchungsgegenstände zu klären:

1. Inwieweit, auf welche Weise, zu welchem Zwecke und aufgrund welcher Umstände die European Business School (EBS) vom Land Hessen finanziell gefördert worden ist bzw. welche Förderzusagen erhalten hat.
2. Ob, inwieweit und mit welchem Ergebnissen eine Prüfung der Bonität und Liquidität der EBS sowie Plausibilität der vorgelegten Unterlagen, Daten und Pläne mit welchen Ergebnissen erfolgte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau der Law School sowie der damit verbundenen Universitätsgründung.
3. Auf welche Weise und unter welchen wechselseitigen Zusagen der Erbbaurechtvertrag zwischen dem Land Hessen und der European Business School (EBS) über die Folgenutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts Wiesbaden in der Gerichtsstraße 2 in Wiesbaden zustande gekommen ist sowie welche Aktivitäten die Landesregierung zur Sicherstellung der Vertragserfüllung unternommen hat.
4. In welcher Weise und aufgrund welcher Umstände bzw. welcher Erkenntnisse finanzielle Fördermittel oder Zuschüsse des Landes gegenüber der European Business School (EBS) vom Land Hessen zurückgefordert worden sind und wann diese Rückforderungen jeweils durch das Land geltend gemacht worden sind.

Schon in der ersten Sitzung des UNA 18/3 am 08.01.2013 wurde die zeitliche Problematik (zwangsläufiges Ende des Untersuchungsausschusses zum Ende der 18. Wahlperiode) thematisiert. Von Seiten der Opposition wurde daher auf ein zügiges Vorgehen mit eng aufeinanderfolgenden Sitzungen gedrängt. Diesem wurde seitens der Mehrheit nicht nachgekommen. Vielmehr wurde der Verdacht, dass eine gewollte Hinauszögerung bis hin zur Verhinderung der vollständigen Aufklärung von Seiten der Regierungsfractionen beabsichtigt war, dadurch bestärkt, dass die erste Zeugenvernehmung erst in der 15. Sitzung des Untersuchungsausschusses am 11. September 2013 stattfand.

Die Auswahl und Anzahl der Zeugen sowie die Beweisthemen (Beweisantrag 11 von CDU und FDP) sind Gegenstand einer Klage von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vor dem Staatsgerichtshof, deren Ausgang abzuwarten ist. DIE LINKE teilt die verfassungsrechtlichen Bedenken von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN hinsichtlich der Aufblähung der Zeugenliste und der Beweisthemen.

Insbesondere die Anzahl der im Beweisantrag genannten Zeugen machte deutlich, dass der Untersuchungsausschuss seine Arbeit in dieser Legislaturperiode nicht würde beenden können.

Für die Aufklärung dringend zu vernehmende Zeugen wie Prof. Dr. Christopher Jahns (ehemaliger Präsident der European Business School) und Christoph Gädeke (Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst) konnten aus zeitlichen Gründen nicht mehr geladen werden. Zudem war es nicht möglich, die Zeugen erneut vorzuladen, die einander widersprechende Angaben gemacht hatten, und die aufgetretenen Widersprüche auszuräumen.

Zwar hat der Untersuchungsausschuss 18/3 Klärung in einigen sich aus dem Untersuchungsauftrag ergebenden Punkten, wie beispielsweise der Frage, seit wann sich die EBS in einer finanziellen Schieflage befand und ob dies auch in den politischen Gremien thematisiert wurde, bringen können, dem vollständigen Untersuchungsauftrag konnte er aber aufgrund der genannten Umstände nicht nachkommen.

Im Einzelnen:

Ausgangspunkt für die Einberufung des Untersuchungsausschusses war der Bericht des Hessischen Rechnungshofes, welcher im Dezember 2012 vorgelegt wurde. Aus diesem ging unter anderem hervor, dass die Hessische Landesregierung die Förderung in Höhe von über 24 Mio. Euro ohne ausreichende Liquiditäts- und Bonitätsprüfung hat erfolgen lassen. Des Weiteren wurde im Rechnungshofbericht vermerkt, dass nicht geprüft wurde „ob ein Bedarf hinsichtlich einer weiteren hessischen Universität besteht“¹.

¹ Seite 4, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

Zudem äußert der Rechnungshofbericht Bedenken hinsichtlich der Überwachung der ordnungsgemäßen Verwendung. „Es ist zweifelhaft, ob das zuständige Referat neben seinen schon bestehenden umfangreichen Aufgaben zusätzlich ein so komplexes Fördervorhaben ohne eine nachhaltige Verstärkung der Personalressourcen hätte bewältigen können.“²

Auch der ehemalige Vizepräsident des Rechnungshofes und Verfasser des Berichts, Andreas Freiherr von Gall, aus zeitlichen Gründen nicht mehr vernommen werden konnte.

Durch Akteneinsicht und Zeugenbefragung wurde deutlich, dass die EBS mit der Förderung durch Landesmittel nicht nur das Ziel verband, eine rechtswissenschaftliche Fakultät aufzubauen und die EBS zur Universität weiterzuentwickeln, sondern auch, bestehende finanzielle Schwierigkeiten zu beseitigen. Aus diesem Grund wurde das sog. Drei-Säulen-Modell entwickelt, das ermöglichte, dass die staatliche Förderung in die bestehenden Strukturen der EBS fließen konnte.

Ebenfalls wurde insbesondere durch die Zeugenaussagen von Jörg-Uwe Hahn, Florian Rentsch und Dr. Walter Arnold sowie aus den Akten insbesondere des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst deutlich, dass ein politischer Wille hinter der Landesförderung steckte.

Zu den Untersuchungsgegenständen laut Einsetzungsbescheid (18/6813)

1. Inwieweit, auf welche Weise, zu welchem Zwecke und aufgrund welcher Umstände die European Business School (EBS) vom Land Hessen finanziell gefördert worden ist bzw. welche Förderzusagen erhalten hat.

Kernpunkte im Letter of Intent (LOI) sind folgende:

- Das Land fördert den Aufbau eines rechtswissenschaftlichen Fachbereichs mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 24,7 Mio. Euro.
- Die Bezeichnung „Universität“ wird angestrebt und unterstützt.
- Eine Ergänzung der Finanzierungsvereinbarung nach § 105 HHG wird angestrebt.
- Das Land Hessen überträgt der EBS oder einer von ihr zu benennenden Grundstücksgesellschaft zum Zwecke der Unterbringung der Law-School ein Erbbaurecht an dem landeseigenen Grundstück in Wiesbaden: Für den Fall, dass der Zweck der Unterbringung der Hochschule nicht mehr weiter verfolgt wird oder die Erbbauberechtigte in Vermögensverfall gerät, hat das Land Hessen das Recht, die Rückübertragung des Erbbaurechts zu verlangen.

Dazu:

Die Finanzlage der EBS war bereits vor der Förderung durch das Land angespannt. Zudem waren in den ersten Finanzierungsplänen für die Law-School eine dauerhafte Förderung vorgesehen, was sich dann jedoch auf eine Anschubfinanzierung beschränkte, ohne dass ersichtlich wurde, wie die EBS die offenbar dauerhafte Finanzierungslücke kompensieren wollte. Dies geht aus den Akten des Wissenschaftsministeriums hervor. Der Zeuge Gädeke, der leider nicht mehr vernommen werden konnte, hätte hierzu genauere

² Seite 28, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

Auskunft geben können, da die Finanzierung durch das Land Hessen und in diesem Zusammenhang auch die abgeänderten Finanzierungspläne durch ihn bearbeitet wurden. Akte UNA 18/3 I/1 Fußnote 43 belegt einen Emailverkehr aus dem November 2007 zwischen Dr. Rolf Bernhardt (HMWK) und Daniel Köfer (HMWK), das in Kopie an Herrn Gädeke ging:

„Sehr geehrter Herr Köfer, auch ich sehe das Konzept als aussagekräftiger und belastbarer als die Vorkonzepte an, da nunmehr erstmals eingeräumt wird, dass ebs/els dauerhaft einer staatlichen Förderung bedürfen und es nicht lediglich um eine Anschubfinanzierung geht. Schlimmer noch: es wird sogar gesagt, die Erhaltung der EBS erfordere einen Anteil an staatlicher Förderung von 17%; hierhin könnte ein erster Hinweis auf eine bestehende finanzielle Schieflage zu sehen sein [...]“

Der Zeuge Niesik sagte im Untersuchungsausschuss aus, dass seitens der EBS dauerhafte Zuschüsse des Landes für nötig erachtet wurden (18/3/18 Seite 46).

Ausgangspunkt einer „Krisensitzung“ im Frühjahr 2010 war laut Angaben von Prof. Dr. Pibernik (Akte UNA 18/3 II/14 Seite 2823) der Verdacht eines Abteilungsleiters im Finanzministerium, der nach Durchsicht der Jahresabschlüsse der EBS der Auffassung gewesen sei, die EBS sei zahlungsunfähig und würde nur durch die öffentliche Förderung der Law School und eine Quersubventionierung der Business-School am Leben erhalten. Diese Sitzung sei u.a. vom früheren Finanzstaatssekretär Arnold vorbereitet worden.

Auf weiteren Sitzung teilgenommen haben unter anderem der damalige Ministerpräsident Koch, Staatsminister Jörg-Uwe Hahn, Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann, damaliger FV Florian Rentsch und Prof. Dr. Christopher Jahns (Akte UNA 3/III/7):

„Also es gab eine vorbereitete Präsentation. Inwieweit die Präsentation ausgehändigt wurde, weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall gab es eine vorbereitete Präsentation, die grundsätzlich einfach die Planungen der EBS darstellte, die in sehr, sage ich jetzt mal, rosigen Farben gemalt wurde. Natürlich hat die EBS sich nicht da hingestellt und hat gesagt: Wir können das alles nicht stemmen. Aber Herr Jahns hat auch durchaus zu verstehen gegeben, dass man natürlich davon ausgeht, dass auch in Zukunft die Landesregierung oder das Land Hessen die EBS entsprechend unterstützt, und hat auch darauf hingewiesen, dass man z. B. bei dieser sogenannten Clusterförderung oder Clusterfinanzierung, also aus dem, ich glaube, Hochschulersatzfinanzierungsgesetz, eine deutliche Aufstockung dieses Betrages gegenüber den vorherigen Beträgen so, wie besprochen, auch umgesetzt sehen möchte – besprochen, aber sicherlich noch nicht fix und fertig genehmigt.“

Des weiteren (18/3/18 Seite 58):

„Ich hatte ja schon mal gesagt, ich fand die Planung 2010 viel zu optimistisch, und ich hatte ja auch kurz erläutert, wie die zustande kam. Es gab Planungen der einzelnen Abteilungen und Departments. Das wurde zusammengeführt. Dann gab es noch ein relativ großes Loch, das zu füllen war, und das wurde gefüllt, indem man sagte: Dafür werden wir Spenden einwerben. Es gab vorher eine Situation, diese 1.000-mal 1.000. Ich weiß nicht, ob Sie diesen Begriff schon mal gehört haben. Da sollten Spenden eingeworben werden, um den Innenhof der EBS neu zu gestalten. Man hatte die optimistische Idee, dass man insgesamt 1.000-mal 1.000 € einwerben könnte. De facto waren es vielleicht 210.000, 220.000 €. Es mögen vielleicht ein bisschen weniger gewesen sein. Dennoch wurde der Innenhof umgestaltet. Die Kosten waren mindestens so wie diese 220.000 €, wenn nicht sogar ein bisschen höher. In einer ähnlichen Art und Weise hat man jetzt gedacht, man würde halt im nächsten Jahr 1 Million € einwerben können, vielleicht mit anderen Konzepten, vielleicht mit anderen Ideen. Also für meine Begriffe war es nicht realistisch oder sehr optimistisch. Aber ich entscheide am Ende

nicht über einen Geschäftsplan. Ich arbeite vielleicht daran mit, aber wenn die Geschäftsführung sagt: „Das ist unser Geschäftsplan. Den verabschieden wir so, und den lassen wir uns vom Aufsichtsrat so genehmigen oder stellen ihn dort so vor“, dann ist das so. Aber, wie gesagt, ich habe für mich die Konsequenz gezogen und bin gegangen, weil ich ein-fach gesagt habe: Das ist etwas, was ich für mich nicht mittragen kann.“

Auch die Befragung des Zeugen Jörg-Uwe Hahn machte deutlich, dass der Landesregierung die finanziellen Schwierigkeiten der EBS bekannt waren. Auf die Frage, ob im Gründungskuratorium über die finanzielle Schieflage der EBS gesprochen worden sei, antwortete der Zeuge (UNA3/18/20 Seite 9):

„Das Wort ‚Schieflage‘ ist jetzt ein bisschen schwierig. Es wurde schon jedem der Beteiligten klar, dass die Lage nicht nur nicht unproblematisch ist, sondern teilweise Richtung ernst ging.“

Er habe auch die zuständige Wissenschaftsministerin auf die Finanzprobleme der EBS angesprochen. Weitere Zeugenaussagen (beispielsweise Zeuge Ringshausen – UNA18/3/16 Seite 34) bestätigen ebenfalls, dass die finanzielle Schieflage der EBS Business School durch die Landesförderung behoben werden sollte:

„Abg. **Janine Wissler**: Sie haben keine genaue Erinnerung an die Details, wie die Rechenlogik war, aber es ist schon zutreffend, dass die EBS Business School finanziell so angeschlagen war, dass man überlegt hat, wie man die Mittel zur Förderung der Law School auch in den Betrieb der Business School mit einbeziehen konnte? Diese Überlegungen gab es, und daran waren Sie auch beteiligt oder zumindest anwesend?

Z **Dr. Ringshausen**: Ich weiß, dass es diese Überlegungen insbesondere bei Herrn Jahns gab, ja.“

Bestätigt wurde in den Zeugenvernehmungen die Vermutung, dass die EBS nur durch die öffentlichen Mittel zahlungsfähig bleiben konnte, durch die Aussage, dass die Maigehälter 2010 nur ausgezahlt werden konnten, weil Landesmittel flossen (UNA 18/3/16 Seite 50):

„ Abg. **Marius Weiß**: Dann weitere Frage zur finanziellen Situation, ein paar Seiten weiter hinten, Blatt 2.965, vorletzter Absatz. Da geht es jetzt um die Liquiditätssituation im Mai 2010. Dort sind Sie folgendermaßen zitiert:

Wenn die Fördermittel des Landes im Mai 2010 nicht ausgezahlt worden wären, hätten wir die Maigehälter nicht überweisen können.

Da ist jetzt meine Frage: Ist diese Situation, dass keine Gehälter ausgezahlt werden können, wenn die Landesmittel nicht fließen, ist das der Landesregierung, dem HMWK, entsprechend mitgeteilt worden?

Z **Langendörfer**: Ich gehe davon aus, dass das sicherlich mit dem HMWK diskutiert wurde. Denn je näher es an den Termin herangeht, an dem Gehälter vielleicht nicht mehr gezahlt werden, wird man alle Hebel in Bewegung setzen, um sicherzustellen, dass die Gehälter gezahlt werden. Für das Jahr 2010 sind, glaube ich, 11 Millionen € an Fördergeldern vereinbart gewesen, oder im Zuwendungsbescheid festgelegt gewesen. Diese 11 Millionen € sind in der EBS-Jahresplanung für das Jahr auch voll veranschlagt worden. Die Einnahmen sind in der Planung verteilt über das gesamte Jahr veranschlagt worden. Insofern war es erforderlich, dass entsprechende Teilzahlungen auch in den relativ frühen Monaten erfolgten, weil die Kosten natürlich angefallen sind.“

Der Verdacht, dass das Drei-Säulen-Modell vor allem entwickelt worden ist, um nicht nur die Law School aufzubauen, sondern die EBS aus den gravierenden finanziellen Schwierigkeiten zu befreien, bestätigte sich anhand verschiedener Zeugenaussagen. Der Zeuge Prof. Freiherr von Hoyningen-Huene (UNA 18/3/17 Seiten 120-152) erklärte, er habe von dem Drei-Säulen-Modell erst während der Sitzung am 24. März 2010 erfahren (UNA 18/3/17 Seite 136):

„Abg. **Daniel May**: Haben Sie denn Kenntnis erlangt, ob es im Vorfeld dieses Termins eine bestimmte Vorbereitung im Bereich der EBS auf diesen Termin gab?

Z Prof. **Dr. v. Huene**: Ja, das habe ich gesehen. Am Vorabend haben die sozusagen ein Konzept entwickelt, das dann präsentiert werden sollte. Das habe ich schon gesehen. Am nächsten Morgen gab es noch eine Vorbesprechung. Aber ich konnte dazu eigentlich praktisch nichts sagen, weil ich die Zahlen gar nicht kannte. Ich habe in dieser Sitzung selbst das Drei-Säulen-Modell kennengelernt und war dann – das habe ich schon gesagt – überrascht, weil ich das so nicht kannte. Das ergibt sich auch nicht schlüssig aus dem Bescheid. Wenn ich den Bescheid lese, ist es der Betreff. Dann entsteht die juristische Frage: Gehört der Betreff zum Inhalt, ja oder nein? – Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Auch unsere Professoren haben zu dieser Frage sehr unterschiedliche Auffassungen.“

Die Fraktion DIE LINKE ist nach Abschluss der Zeugenvernehmung davon überzeugt, dass das Drei-Säulen-Modell entwickelt wurde, um die bestehenden Strukturen der Business School zu finanzieren.

Hinzu kommt: Die Eigenbeiträge, die die EBS nach dem Finanzierungsplan zu leisten hatte, waren ausschließlich die bestehenden Strukturen bestimmt, die auch ohne den Aufbau einer Law School hätten finanziert werden müssen - mit dem sogenannten Drei-Säulen-Modell wurden diese durch Landesmittel subventioniert. Erstaunlich ist, dass die Staatsministerin Kühne-Hörmann nach eigener Aussage keine Kenntnis darüber hat, wie sich die Eigenbeiträge, die immerhin 36 Mio. € ausmachen sollten, genau zusammensetzen (UNA 18/3/20 Seite 74):

„Abg. **Janine Wissler**: Haben Sie Kenntnisse, worin die Eigenbeiträge der EBS bestehen? Die sind mit 36 Millionen € im Finanzplan ausgewiesen.

Zin **Kühne-Hörmann**: Der Eigenbeiträge der European Business School müssen ja bis zum Ende der Projektlaufzeit erfüllt sein, und in den Finanzierungsplänen – ich kann Ihnen die genaue Zahl aber nicht sagen – werden nach meiner Kenntnis seit 2011 Eigenbeiträge geleistet.

Abg. **Janine Wissler**: Worin bestehen die? Wissen Sie das?

Zin **Kühne-Hörmann**: Das kann ich Ihnen nicht im Detail sagen.“

De facto wurde somit also nicht nur die Law School oder der Aufbau einer Universität mit Landesmitteln gefördert, sondern die bereits bestehende defizitäre Business School.

Ein weiterer Vereinbarungspunkt, der im Letter of Intent festgehalten wurde, war die Nutzung des alten Gerichtgebäudes in der Moritzstraße in Wiesbaden. Hier sollte die Law School ansässig werden, was bis dato nicht geschehen ist. Staatsministerin Kühne-Hörmann antwortete auf die Frage, welche Rolle die Gebäudeentscheidung bei der Förderungsentscheidung gehabt habe (UNA 18/3/20 Seite 79):

Zin **Kühne-Hörmann**: Für die Förderentscheidung der Anschubfinanzierung der 24,7 Millionen € hat die Moritzstraße keine Bedeutung gehabt, sondern die anderen Kriterien zum Aufbau der Law School haben dem Bescheid zugrunde gelegen.

Dies widerspricht dem Inhalt des Letter of Intent. Daher muss davon ausgegangen werden, dass die Ministerin entweder den von ihr unterzeichneten Letter of Intent nicht ausreichend kennt oder bewusst falsche Angaben zu diesem Sachverhalt macht oder das Wissenschaftsministerium nicht mehr auf Grundlage der Vertragsvereinbarung handelt.

Zwischenfazit: Die Zeugenaussagen belegen, dass die finanziellen Schwierigkeiten der EBS schon vor der Förderung bekannt waren und im weiteren Verlauf immer wieder

thematisiert wurden. Das Land musste davon ausgehen, dass eine Dauerfinanzierung angestrebt und notwendig sein würde.

Von Seiten der EBS wurde zunächst von einer notwendigen Dauerfinanzierung ausgegangen. Diese Notwendigkeit hat sich bestätigt.

Das sogenannte Drei-Säulen-Modell war und ist geeignet, Teile der EBS außerhalb der eigentlich zu fördernden Law School zu fördern. So wollte die EBS ihre schwierige finanzielle Lage mit Hilfe der Landesförderung verbessern.

Vertragliche Grundlagen zur Förderzusage wurden nicht beachtet oder sind offenbar nicht einmal zur Kenntnis genommen worden.

2. Ob, inwieweit und mit welchem Ergebnissen eine Prüfung der Bonität und Liquidität der EBS sowie Plausibilität der vorgelegten Unterlagen, Daten und Pläne mit welchen Ergebnissen erfolgte, insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau der Law School sowie der damit verbundenen Universitätsgründung.

Dazu:

Eine ausreichende Prüfung hätte zu dem Ergebnis kommen müssen, dass das Finanzierungskonzept der EBS nicht tragfähig ist. Hinweise darauf hätte die von Seiten der EBS anfänglich geplante Dauerfinanzierung durch das Land Hessen geben müssen, und ebenso die Tatsache, dass die EBS in den Jahren 2007 und 2008 ein negatives Betriebsergebnis hatte.

Auch hier wäre eine Vernehmung des Zeugen Gädeke dringend notwendig gewesen.

Warum eine ausreichende Prüfung nicht vorgenommen worden ist, ist nicht nachvollziehbar. Mit dieser Schlussfolgerung ist auch die Zeugin Kühne-Hörmann konfrontiert worden (UNA 18/3/20 Seite 73):

„Abg. **Janine Wissler**: Aber Sie haben ja in den Akten Ihres Ministeriums – und da beziehe ich mich auf die Fußnote 42 in den Akten Ihres Ministeriums – eine Präsentation von Herrn Prof. Jahns und Herrn Palte, dem damaligen Kanzler der EBS, zur Gründung der Law School, überschrieben mit den Worten „Bildungsstandort Hessen als Leuchtturm mit internationaler Strahlkraft“. Und da ist nachzulesen:

Die Erhaltung und Sicherung der EBS erfordert 5,4 Mio. EUR p. a. öffentliche Hilfe [...]; dies entspricht einem öffentlichen Anteil von 17 % am EBS-Haushalt; heute beträgt der Anteil an öffentlicher Förderung nur 1,7 % [...]

Das ist die Präsentation, die Ihrem Ministerium vorlag und die wir auch in den Akten haben. Haben Sie denn aufgrund dieser Präsentation nicht Zweifel daran gehabt, dass die EBS ohne eine langfristige Finanzierung überhaupt ein tragfähiges finanzielles Konzept hat, wenn sie Ihnen Zahlen vorgelegt hat, wonach sie 5,4 Millionen € jährlich vom Land gebraucht hat?

Zin **Kühne-Hörmann**: Ich kann mich an die Präsentation nicht erinnern.“

Erinnerungslücken dieser Art ziehen sich durch die gesamte Aussage der Staatsministerin.

Schon in vorherigen Zeugenaussagen und in den Vernehmungsprotokollen der Staatsanwaltschaft ist der nicht tragfähige Finanzierungsplan der EBS thematisiert worden. Bei einer ausreichenden Prüfung hätte zutage kommen müssen, dass nicht nur

der Finanzierungsplan der EBS zur Errichtung der Law School nicht tragfähig ist, sondern eine Nichtfinanzierung durch das Land für die bereits vorhandene Business School verheerende Auswirkungen gehabt hätte, wie auch der Zeuge Langendörfer ausgeführt hat (UNA 18/3/16 Seite 59/60):

„Abg. **Janine Wissler:** Da Sie nicht davon ausgehen konnten, dass es Landeszuschüsse gibt – also damit konnte man nicht rechnen –: Gab es denn schon Vorkehrungen, welche Einschnitte bei der EBS hätten erfolgen müssen, wenn es diese Landesförderung nicht gegeben hätte. Wäre der Bestand der EBS Ihrer Meinung nach gefährdet gewesen?

Z Langendörfer: Mir sind keine schriftlichen Pläne bekannt, die ein Szenario wiedergegeben hätten, dass Einschnitte für den Fall hätten vorgenommen werden müssen, dass die Landesförderung nicht kommt. Ich weiß, dass Herr Jahns an verschiedenen Stellen davon berichtet hat, dass eben bestimmte Maßnahmen durchgeführt werden müssten, Einschnitte vorgenommen werden müssten. In dem Zusammenhang hat er davon gesprochen, dass bestimmte Lehrstühle, die eben haushaltsfinanziert waren – nicht dritt-mittelfinanziert waren, heißt das –, dass die dann gegebenenfalls hätten eingestellt werden müssen. Insofern gab es Überlegungen, aber keine schriftlichen Pläne.“

Gravierend ist, dass das Ministerium, wie eingangs schon erwähnt, nach Ansicht des Rechnungshofes offenbar weder das Know-How noch die Kapazitäten für eine Überwachung der Verwendung hatte:

„Das Fachreferat verfügte über keine Erfahrung in der Abwicklung von Projektförderungen mit vergleichbarem Fördervolumen.“³

„Nach dem Gesamtbild ist ein Teil der Probleme auf die mangelnde Erfahrung in der Vergabe von Zuwendungen und die Überlastung des Fachreferats zurückzuführen. Hierfür wäre ein verstärkter Einsatz von sachkundigem Personal erforderlich gewesen.“⁴

„Es ist zweifelhaft, ob das zuständige Referat neben seinen schon bestehenden umfangreichen Aufgaben zusätzlich ein so komplexes Fördervorhaben ohne eine nachhaltige Verstärkung der Personalressourcen hätte bewältigen können.“⁵, heißt es im Bericht des Rechnungshofes.

Im Rechnungshofbericht wird zudem festgestellt:

„Das HMWK erstellte kein Konzept für die Fördermaßnahme. Evaluationsrelevante Zielsetzungen, Wirkungen und zu erreichende Kennzahlen wurden nicht festgelegt.“⁶

Und:

„Eine sich aus den Akten ergebende umfassende Auseinandersetzung des HMWK und des HMdF mit den Kosten des Projekts ist nicht erkennbar.“⁷

³ Seite 28, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

⁴ Seite 28, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

⁵ Seite 28, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

⁶ Seite 14, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

Die Zeugenaussagen legten zudem die Vermutung nahe, dass dem Ministerium nicht nur die Kompetenz sondern offenbar auch das Interesse gefehlt hat, die Finanzierungspläne einer genaueren Überprüfung zu unterziehen.

Bezüglich der Plausibilität der Pläne und ihrer Tragfähigkeit beschäftigte sich der Untersuchungsausschuss auch mit der Frage, ob und inwieweit überhaupt eine Bedarfsanalyse stattgefunden hat. Bemerkenswert ist hierzu die Stellungnahme der zuständigen Staatsministerin Kühne-Hörmann:

„Der Bedarf ergab sich daraus, dass es das Angebot nicht gab und im Rhein-Main-Gebiet ein Bedarf besteht, wirtschaftsnah ausgebildete Juristen zu bekommen. Die Bucerius Law School hat das nicht abgedeckt, und im öffentlichen Bereich gab es kein Angebot. Daraus ergibt sich inkludent, dass es diesen Bedarf gab.“ (UNA 18/3/20 - 12.12.2013, S.60)

Anders als die Zeugin es darstellt, ergibt sich das Vorhandensein eines Bedarfes keineswegs aus dem Nichtvorhandensein eines Angebotes. Offensichtlich sieht die zuständige Staatsministerin den Bedarf an einer Ausbildung wirtschaftsnaher Juristen finanziert durch Studiengebühren in fünfstelliger Höhe, allein dadurch gegeben:

„[...] dass wirtschaftsrechtlich und international orientierte Kanzleien immer wieder über den Mangel geklagt haben, für ihre Zwecke berufsfertig ausgebildete Bewerber nicht zu finden.“ (UNA 18/3/20 - 12.12.2013, S.55)

Ob es überhaupt einen Bedarf auf Seiten der Studierenden gibt, an einer Hochschule mit derartigem Studienangebot zu studieren, der ausreicht, um eine private Hochschule kostendeckend zu betreiben, hat das Ministerium offenbar nie geprüft. Es wurde auch nicht geprüft, ob eine staatliche Hochschule dieses Angebot bereitstellen könnte. Zumindest konnte die Staatsministerin dies nicht darlegen.

Dies stützt die Darstellung des Rechnungshofes:

„Die Initiative zum Aufbau der Law School ging von der EBS aus. Im Vorfeld der Förderung hatte sich das HMWK mehrfach mit der Frage des Bedarfs an wirtschaftsnah ausgebildeten Juristen auseinandergesetzt. Eine Analyse oder Bewertung dieses Bedarfs führte das HMWK nicht durch.“⁸

Und:

„Nicht geprüft wurde, ob ein Bedarf hinsichtlich einer weiteren hessischen Universität besteht. Aus den Unterlagen ist nicht ersichtlich, ob die Gründung einer Universität oder lediglich der Aufbau einer Law School Gegenstand der Förderung sein sollte.“⁹

⁷ Seite 13, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

⁸ Seite 13, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

⁹ Seite 13, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business Scholl gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

Zwischenfazit: Unbedingt notwendige Prüfungen im Vorfeld der Finanzierungsentscheidung wurden unterlassen. Dies betrifft sowohl den Finanzierungsplan der EBS als auch den tatsächlichen Bedarf an wirtschaftnah ausgebildeten Juristen, den die EBS mit der Law School abdecken sollte und wollte. Um die Frage abschließend zu klären, warum es zu diesen Versäumnissen kam, wäre eine Befragung der zuständigen Mitarbeiter in den damit befassten Ministerien notwendig gewesen.

3. Auf welche Weise und unter welchen wechselseitigen Zusagen der Erbbaurechtsvertrag zwischen dem Land Hessen und der European Business School (EBS) über die Folgenutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts Wiesbaden in der Gerichtsstraße 2 in Wiesbaden zustande gekommen ist sowie welche Aktivitäten die Landesregierung zur Sicherstellung der Vertragserfüllung unternommen hat.

Dazu:

Die Frage, unter welchen Zusagen der Erbbaurechtsvertrag über die Folgenutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts Wiesbaden in der Gerichtsstraße 2 in Wiesbaden zwischen dem Land Hessen und der EBS zustande gekommen ist, musste vor allem anhand der Aktenlage untersucht werden. Insbesondere die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien konnten aufgrund der zustande gekommenen Verzögerungen nicht angehört werden. Festzuhalten ist allerdings, dass die Förderung der EBS eindeutig daran gebunden war, für die genannte Liegenschaft eine sinnvolle Nachnutzung zu erreichen. Dies findet sich bereits im Letter of Intent vom 1. Juni 2009 bestätigt:

„Das Interesse EBS zur Errichtung einer Law-School am Standort Wiesbaden bietet insofern einen hervorragenden Ansatz, die Frage der Folgenutzung der Altliegenschaften des Amts- und Landgerichts mit dem Aufbau der Law-School zu verknüpfen“

Umso bemerkenswerter sind Einlassungen der Staatsministerin Kühne-Hörmann, die erklärte:

„Für die Förderentscheidung der Anschubfinanzierung der 24,7 Millionen € hat die Moritzstraße keine Bedeutung gehabt, sondern die anderen Kriterien zum Aufbau der Law School haben dem Bescheid zugrunde gelegen.“ (UNA 18/3/20 -12.12.2013 S. 79)

Dies ist umso erstaunlicher, als weitere Mitglieder und ehemalige Mitglieder der Landesregierung sowie der ehemalige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt

Wiesbaden übereinstimmend erklärten, dass ein wichtiges Ziel des Aufbaus der EBS Law School die städtebauliche Entwicklung der Liegenschaft des ehemaligen Amts- und Landgerichts war. Dies haben insbesondere die Zeugen Dr. Arnold, Rentsch und Hahn sowie Dr. Müller übereinstimmend bestätigt.

Offensichtlich ist, dass die Maßnahmen, die von der Landesregierung unternommen wurden, nicht ausgereicht haben, die Vertragserfüllung der EBS zu gewährleisten.

Zu diesem Sachverhalt wäre es wichtig gewesen, den Vertreter des Landesrechnungshofs zu hören, der mit der Erstellung des Rechnungshofberichtes befasst war, da dieser Darstellung der Ministerin widerspricht.

Zwischenfazit:

Eine abschließende Aufklärung dieses Sachverhaltes war, wie dargestellt, nicht möglich. Weitere Zeugenaussagen wären notwendig gewesen.

4. In welcher Weise und aufgrund welcher Umstände bzw. welcher Erkenntnisse finanzielle Fördermittel oder Zuschüsse des Landes gegenüber der European Business School (EBS) vom Land Hessen zurückgefordert worden sind und wann diese Rückforderungen jeweils durch das Land geltend gemacht worden sind.

Dazu:

Das Ministerium hat Rückzahlungen veranlasst, nachdem die Wirtschaftsprüfer eine nicht ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel festgestellt hatten. In der Akte UNA 18/3 I/1 in der Fußnote 87 findet sich eine Auflistung über die Rückforderung von Fördermitteln in Höhe von 1.575.941,11 Euro für die Jahre 2009 und 2010. Bemerkenswert ist, dass diese Summe durch Stichproben ermittelt wurde. Aus der Fußnote geht auch hervor, dass der Zeuge Gädeke im Juli 2011 an die EBS schrieb:

„Darüber hinaus wurden schwerwiegende Lücken im internen Kontrollsystem aufgedeckt und die Feststellung getroffen, dass das Vergaberecht entgegen der haushaltsrechtlichen Bestimmungen offenbar nicht angewendet worden ist.“

In den Fehlverwendungen finden sich erstaunlich hohe Personal- und Reisekosten.

In dem Bericht des Rechnungshofes wird folgendes Fazit gezogen:

„Es bleibt dabei, dass die Verwendung der Fördermittel nicht zeitnah überprüft wurden, obwohl sich Anhaltspunkte für eine finanzielle Schieflage der EBS ergeben hatten.“¹⁰

Zu diesen Rückforderungen führte die Zeugin Kühne-Hörmann aus (UNA 18/3/20 Seite 58):

„**Vorsitzender:** Das heißt, es ist auch zu Rückforderungen gekommen?

¹⁰ Seite 31, Bericht nach § 88 Abs. 2 LHO über die Prüfung der Förderung der European Business School gGmbH unter besonderer Berücksichtigung des Aufbaus der Law School sowie die damit verbundene Universitätsgründung

Zin **Kühne-Hörmann**: Ja, es hat Rückforderungen gegeben nach der Prüfung von Zwischennachweisen und einer Verwendungsnachweisprüfung, die wir vorgenommen haben, und zwar in einer Qualität, wie man eine Abschlussprüfung vornehmen würde. Und wir haben dann Beträge zurückgefordert – sogar mehr, als uns das Wirtschaftsprüfungsunternehmen empfohlen hat, weil natürlich auch wir im Ministerium aufgrund des Gutachtens des Wirtschaftsprüfungsunternehmens noch einmal eigenhändig nachgefragt, geprüft und die EBS angehört haben. Und dabei sind dann auch Beträge zurückgefordert worden, die den Förderbetrag des Bescheides reduziert haben.“

Detaillierte Aussagen machte die Staatsministerin allerdings nicht. Sie ließ sich lediglich dahingehend ein, dass die Prüfung der Mittelverwendung stets nach dem geltenden Recht geschehen und es in mehreren Fällen zu Rückforderung des Landes gekommen sei. Die entscheidende Frage, warum trotz all der Hinweise auf eine Schieflage keine Notwendigkeit im HMWK gesehen wurde, weitere Auszahlungen zu stoppen, bleibt offen.

Zwischenfazit: Sowohl eine Überprüfung der Finanzierungskonzepte als auch eine zeitnahe und detaillierte Mittelverwendungsüberprüfung hätten zumindest zu einer hohen Risikoeinstufung der finanziellen Situation und Planung der EBS führen müssen. Warum beides unterlassen wurde, bleibt unklar.

Um diese Frage zu klären, wären weitere Zeugenbefragungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien nötig gewesen. Auch hier scheint insbesondere der Zeuge Gädeke von Bedeutung.

Zu den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses 18/3 und des Zwischenberichts

Deutlich wurde, wie dargestellt, dass sich die EBS seit Jahren – und bereits vor der Gründung der Law School und der Universitätsgründung - in finanziellen Schwierigkeiten befand. Deutlich wurde auch, dass die 24,7 Mio. € Landesgelder maßgeblich dazu beigetragen haben, die EBS am Leben zu halten. Es gibt viele Anhaltspunkte dafür, dass das Drei-Säulen-Modell entwickelt wurde, um die Landesförderung auch für die Business School nutzen zu können.

Von den finanziellen Schwierigkeiten wussten sowohl ehemalige als auch derzeitige Angehörige der Landesregierung. Protokolle und Zeugenaussagen belegen dies. Wichtige Zeugen konnten aus zeitlichen Gründen nicht vernommen werden. Aus diesem Grund bleiben Fragen, die zur Klärung des Untersuchungsauftrags hätten beantwortet werden müssen, offen.

Die zeitliche Verschleppung der Arbeit des Untersuchungsausschusses durch die Regierungsfractionen hat die Aufklärung des Untersuchungsauftrags behindert.

Deutlich wurde, dass es enge persönliche Verflechtungen zwischen EBS und Landespolitik gab.

Der Untersuchungsausschuss ist der Frage nachgegangen, ob es zwischen der Landesregierung und der EBS persönliche Verflechtungen gab, die die Förderentscheidung des Landes in unzulässiger Weise beeinflusst haben. Konkret stellte sich u.a. die Frage, ob der ehemalige Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen, Dr. Walter Arnold, der seit 2009 dem Aufsichtsrat der EBS angehört, persönlich von der Förderung profitiert hat, da sein Sohn an der EBS gearbeitet und zeitweise beim Präsidenten der EBS, Prof. Dr. Jahns, promoviert haben soll.

In der Vernehmung vom 12.12.2013 wies Dr. Arnold diesen Verdacht zurück. Herr Dr. Arnold hat erklärt, dass sein Sohn nie an der EBS als Promotionsstudent angemeldet gewesen sei. Dies steht im Widerspruch zu Aussagen anderer Zeugen, was sich aufgrund der zeitlichen Abläufe nicht mehr aufklären ließ.

Dr. Arnold schilderte, dass er in seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats der EBS „seit Juni 2009 in keiner Weise und zu keinem Zeitpunkt irgendeine Interessenkollision verspürt“ habe (UNA 18/3/20 – 12.12.2013, S. 134).

Mehrere Zeugen haben dem Untersuchungsausschuss dargelegt, dass Herr Dr. Arnold als enger Berater von Herr Prof. Jahns auch mit dem operativen Geschäft der EBS befasst war, insbesondere auch mit Fragen zur Förderung des Aufbaus der EBS Law School durch das Land:

„[W]ir haben in der Tat mit Herrn Arnold – wir, d. h., Herr Niesik, der damals der kaufmännische Direktor war – Wir haben zusammengesessen und haben die Abrechnung für den Verwendungsnachweis 2009 inhaltlich besprochen. Herr Arnold hat da – ich sage einmal – beratend zur Seite gestanden.“ (Aussage des Zeugen Langendörfer, UNA 18/3/16 – 02.10.2013, S. 52)

Damit wird zumindest belegt, dass Herr Dr. Arnold als Mitglied des Aufsichtsrates für die EBS in einem Bereich tätig war, für den er als Staatssekretär im Hessischen Ministerium der Finanzen und somit Mitglied der Landesregierung zuvor mitverantwortlich gewesen war.

Möglicherweise hätte die Vernehmung weiterer Zeugen hier zur Aufklärung des Sachverhaltes beitragen können.

Auch darüber hinaus gab es enge personelle Verflechtungen zwischen den politischen Entscheidungsträgern und der EBS. So gehörte der damalige Fraktionsvorsitzende der FDP, Florian Rentsch, dem Stiftungsvorstand der EBS an und sprach in seiner Zeugenaussage von einem kumpelhaften Verhältnis zu Hr. Prof. Jahns. Der ehemalige OB der Landeshauptstadt Wiesbaden gehörte ebenfalls dem Gremium an und unterhielt ebenfalls enge Beziehungen zur Führungsriege der EBS. Der Minister der Justiz, für Integration und Europa, Jörg-Uwe Hahn, sitzt dem Gründungskuratorium der EBS Law School vor.

Hochproblematisch ist das Handeln der zuständigen Ministerin, Eva Kühne-Hörmann. Obwohl das Ministerium nachweislich frühzeitig über die finanzielle Schieflage sowie über die fehlerhafte Mittelverwendung in Kenntnis gesetzt war, prüfte das Ministerium die vorgelegten Finanzierungspläne unzureichend und zahlte alle Tranchen aus, auch noch zu einem Zeitpunkt, zu dem die finanzielle Schieflage der EBS bereits Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung geworden war. Mit ihrer Zeugenaussage vermittelte die Ministerin den Eindruck, als habe sie nichts von den Problemen an der EBS gewusst. Dies erstaunt, da Staatsminister Hahn ausgesagt hat, dass er die Ministerin auf die finanziellen Schwierigkeiten der EBS angesprochen habe.

Da die EBS ausdrücklich als Leuchtturmprojekt gepriesen wurde und es um Steuergelder in zweistelliger Millionenhöhe ging, ist es schwer vorstellbar, dass die Ministerin nicht über die Vorgänge an der EBS informiert war. Es gibt nur zwei Schlüsse, die sich daraus ziehen lassen: Entweder ist das Ministerium seinen Pflichten zum verantwortungsvollen Umgang mit Steuermitteln nicht nachgekommen und hat die EBS unzureichend geprüft, oder das Ministerium wusste Bescheid über die Situation der EBS und hat die Mittel dennoch ausgezahlt. Beides würde einen

unverantwortlichen Umgang mit Steuermitteln offenbaren und die zuständige Ministerin für derartige Ämter disqualifizieren.

Da der Untersuchungsausschuss 18/3 seine Arbeit nicht beenden konnte, ist in der nächsten Wahlperiode zu prüfen, inwieweit die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses sinnvoll ist. Zudem wäre es notwendig, dass der Hessische Landtag in der nächsten Wahlperiode ein eigenes Gesetz zum Verfahren in Untersuchungsausschüssen beschließt, das sicherstellt, dass die Minderheitenrechte gewahrt bleiben und die Regierungsfaktionen das Verfahren nicht dominieren und damit Aufklärung faktisch verhindern können.